

# WOZ DIE WOCHENZEITUNG

1. FEBRUAR 2007 NR. 5 27. Jahrgang CHF 6.- inkl. MwSt.  
AZA 8031 Zürich, PP/Journal, CH-8031 Zürich Bitte nachsenden, neue Adresse nicht melden

Redaktion und Verlag: WOZ DIE WOCHENZEITUNG, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich  
Tel. 044 448 14 14 Fax 044 448 14 15 woz@woz.ch www.woz.ch  
Aboservice: 044 448 14 44 abo@woz.ch



**HALBLEERES LAND**  
Die Rumänen suchen ihre Arbeit woanders, die Regierung holt dafür Chinesen.  
**9** INTERNATIONAL

**STREIKEN IM IRAN**  
Organisieren verboten: Die ArbeiterInnen kämpfen ohne Gewerkschaften.  
**13** INTERNATIONAL

**ARBEITEN ALS OB**  
Frau Blumenstein hat keine Lust mehr, etwas zu verkaufen, das es nicht gibt.  
**23** LEBEN



**KLIMAWANDEL** Endlich scheint die Welt zu begreifen, dass gehandelt werden müsste. Doch statt dass man endlich weniger verbraucht, steuert die Politik im Namen des Klimaschutzes in neue Sackgassen.

## Abwarten und Joghurt essen

Von Marcel Hänggi

Das Klima ist ein Megathema. Endlich – und viel zu spät, wie der vierte Bericht des Uno-Klimagremiums zeigt, der am 2. Februar präsentiert wird. Das Klima ist Thema am Wef in Davos (vgl. Seite 4). Es ist Thema unter PolitikerInnen; selbst George Bush hat seine Klimaignoranz vergangene Woche fallen lassen müssen.

Den Ton der gegenwärtigen Debatte gab, unfreiwillig, am besten wohl der Titelkommentar der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» vom 11. Januar wieder. Dort schrieb die Literaturkritikerin Iris Radisch kenntnisarm, aber engagiert über den Klimawandel; Tenor: Wir haben es in der Hand. Und forderte – weniger Autos? Im Gegenteil: «Niemand», schrieb Radisch, «kann uns verbieten, millionenfach nach Ökoautos zu verlangen.»

Zu glauben, eine Welt, in der es mehr «Ökoautos» (welch dummes, dummes Wort!) gäbe, wäre eine bessere Welt: Das ist, als wollte ein Hamburger-Liebhaber abnehmen, indem er nicht weniger Hamburger ässe, sondern zu jedem Hamburger zusätzlich noch ein Magerjoghurt. Oder zwei oder drei; je mehr, desto besser.

Magerjoghurts und alles, was aussieht wie diese, haben Hochkonjunktur. Was verspricht, weniger CO<sub>2</sub> auszustossen, ohne dass man sein Verhalten ändern müsste, ist gut. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist beim Spatenstich für ein «CO<sub>2</sub>-freies» Braunkohlekraftwerk dabei (mehr darüber demnächst in der WOZ). Premierminister Tony Blair eröffnet eine Biodieselfabrik. Präsident George Bush will den Benzinver-

SteuerzahlerInnen nach Berechnungen der Global Subsidies Initiative ein Auto, das ausschliesslich mit Biotreibstoffen fährt, jährlich mit durchschnittlich 520 Dollar.

Die damit angestossene Entwicklung ist verheerend. In Kamerun werden Tropenwälder brandgerodet, um Ölpalmen zur Dieselproduktion anzubauen. In Indonesien Moore – natürliche Speicher von Treibhausgasen – zum selben Zweck trockengelegt. Mais – für viele Menschen Grundnahrungsmittel, für wenige Spritlieferant – ist auf dem Weltmarkt in den letzten zwölf Monaten 75 Prozent teurer geworden. Die Autos der Reichen treten mit den Bäuchen der Armen und Landwirtschaftsland in Konkurrenz (siehe WOZ Nr. 46/06).

Hierzulande haben wir einen Umwelt- und Energieminister, der auf internationalen Klimakonferenzen eine globale CO<sub>2</sub>-Abgabe fordert. Zu Hause aber lässt er sich mutlos von Sklaven von Prognosen machen. Denn angeblich droht uns eine Stromversorgungslücke. Und weil diese Prognose als Tatsache hingenommen wird (obwohl das Bundesamt für Energie auch andere Szenarien kennt; vgl. Seite 7), bleibt nur noch die Alternative Gas- oder Atomkraftwerk. Und weil AKW im Gegensatz zu Gaskraftwerken nach Magerjoghurt aussehen, haben ihre BefürworterInnen Aufwind. Die bürgerliche Bundesratsmehrheit will lieber heute als morgen ein neues AKW. Bedenken wie das Entsorgungsproblem und Sicherheitsfragen müssen vor lauter Klimaschutz hintanstellen.

«Versorgungslücke»: So was gibt es in der Marktwirtschaft gar nicht. Denn wirtschaften heisst knappe Güter verteilen. Ohne Knappheit kein Markt. Der freie Markt, an den ja alle zu glauben vorgeben, verwaltet Knappheit. Gibt es von einem Gut zu wenig, steigt sein Preis, wodurch die Nachfrage sinkt, bis das Angebot sie wieder decken kann. Genau das müsste das Ziel einer kli-

magerechten Energiepolitik sein: eine tiefere Nachfrage. Werden hingegen neue Kraftwerke gebaut, um der angeblichen Lücke zuvorzukommen, so wird der zusätzlich produzierte Strom auch nachgefragt werden. Die Prognose ist dann eine selbsterfüllende Prophezeiung. Also wertlos.

Biotreibstoffe – ein Weg, den auch das schweizerische Parlament beschreiten will, der Ständerat sogar ohne Gegenstimme – sind eine Sackgasse. Atomkraftwerke sind eine

Sackgasse. Kohlekraftwerke, die CO<sub>2</sub> abscheiden und endlagern, statt es in die Atmosphäre zu entlassen, mögen vielleicht einmal einen Lösungsbeitrag liefern. Sie sind aber Zukunftsmusik. Verbrauchsarme Autos sind besser als Offroaders, aber sie sind immer noch Autos. Kompensationen – aufgrund derer neuerdings Arosa «klimaneutrale Winterferien» anbietet – sind schön und gut, aber allein dadurch, dass wir das Treibhausgas, das wir hier produzieren, anderswo wieder einsparen, lassen sich Klimaziele nicht erreichen.

Man weiss, was zu tun wäre, und es ist entwaffnend simpel: weniger verbrauchen. Allein, die Politik des Weniger und die Ökonomie des Weniger, sie müssen noch entwickelt werden. ♦



### EINHEITSKASSE

#### Günstigere Prämien

Die Einheitskrankenkasse bringt günstigere Prämien. Das ist das Resultat einer Modellrechnung der WOZ, die auf den Annahmen des Initiativkomitees für eine Einheitskrankenkasse basiert. Das vom Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard entworfene System bringt Entlastungen für steuerbare Einkommen bis über 100 000 Franken. Sein Modell besteht aus drei Pfeilern: keine Krankenkassenbeiträge für Kinder und Jugendliche, Ausweitung des Modells der Prämienverbilgung auf knapp zwei Drittel der Versicherten und einen Solidaritätsbeitrag von drei Prozent auf Einkommen über 100 000 Franken. Die geschätzten Mehrkosten von etwa 2,6 Milliarden

«SCHOCK GARANTIRT»  
→ Seite 3

Franken sollen unter anderem durch Effizienzgewinne und den Verzicht auf Steuergeschenke finanziert werden.

Maillards Modell ist ein später Befreiungsschlag. Er bringt die InitiantInnen sechs Wochen vor der Abstimmung zurück ins Spiel, das bislang von den Kassen und ihren Berechnungen der zu erwartenden Prämien in der Einheitskasse dominiert worden ist. Die Kassen haben dabei natürlich nur ein Ziel: Sie wollen die Prämien der Einheitskasse buchstäblich hochrechnen und bedienen sich dabei allerlei Tricks. Sie propagieren einen fiktiven Satz für eine neue Gesundheitssteuer, ohne zu erwähnen, dass damit auch all diejenigen Leistungen im Gesundheitswesen abgegolten wären, die schon heute mit Steuergeldern finanziert werden. Als Grundlage für ihre abschreckenden Prämienberechnungen nehmen sie Versicherungsmodelle mit hohen Franchisen, die nur gerade von siebzehn Prozent der Versicherten gewählt werden. *fw*

### NAHOST

#### IslamistInnen patzen

Die libanesische Hisbollah und die palästinensische Hamas sind dem gewaltigen Druck, den vor allem die USA auf sie ausüben, nicht gewachsen. Der Libanon wie Palästina stehen am Rande eines Bürgerkriegs; in Palästina scheint er gar schon begonnen zu haben. Die USA schüren kräftig: Sie rüsten die libanesische Armee auf, um sie gegen die Hisbollah in Stellung zu bringen, und sie finanzieren die «Sicherheitskräfte»

HAMAS UND HISBOLLAH  
Das Zündeln der USA  
→ Seiten 10/11

der palästinensischen Fatah mit 86 Millionen US-Dollar gegen die Hamas. Die Hisbollah ist schon in die Falle getappt – die friedlichen Demonstrationen gegen die Regierung eskalierten zu Krawallen. Die Hamas klammert sich an das, was sie für Macht hält – und gleicht sich ihren korrupten GegnerInnen an. Die Hisbollah ruiniert ihren Ruf, und die Hamas ebenfalls. *ak*

«MONOPOLY STATT ENERGIEPOLITIK»  
Unveröffentlichte Szenarien des Bundesamts für Energie  
→ Seite 7

brauch in den USA innert zehn Jahren um zwanzig Prozent senken – nicht um zwanzig Prozent gegenüber dem derzeitigen, sondern gegenüber dem prognostizierten künftigen Verbrauch, und nicht etwa durch Sparen, sondern indem statt Benzin Biotreibstoffe verbrannt werden sollen.

Damit geht auch Bush im Namen des Klimaschutzes den Weg in die Sackgasse «Biotreibstoffe» weiter. Bereits heute subventionieren die US-amerikanischen